
Berliner Debatte Initial

2

14. Jg. 2003

Ostdeutschlandforschung Ende oder Wende

Die Generation
der Unberatenen

Lindner

Cooke

Ostdeutsche
im Cyberspace

Symbole in
Ostunternehmen

Alt

Aurora Forum

Nationaler Stolz
nationale Scham

Blutige Taten, heilende Werte?
Krieg gegen den Irak

Opielka

Ostdeutschlandforschung

Wende oder Ende

– Zusammengestellt von Scott Gissendanner –

Editorial	2	<i>Bernd Lindner</i> Die Generation der Unberatenen. Zum Profil der letzten DDR-Jugendgenerationen	28
<i>Raj Kollmorgen</i> Das Ende Ostdeutschlands? Zeiten und Perspektiven eines Forschungsgegenstandes	4	<i>Paul Cooke</i> Ostdeutsche kulturelle Identität und Cyberspace	35
<i>Christoph Links</i> Gibt es für Ostdeutschlandstudien einen Markt? Erfahrungen eines Verlegers	19	<i>Ramona Alt</i> „Es ist nicht alles Gold, was glänzt“ Symbole im Reorganisationsprozeß ostdeutscher Unternehmen	41
<i>Henry Krisch</i> DDR-Forschung in Nordamerika 1983–2002	23	<i>Anna Saunders</i> Ostdeutschland: Heimat einer xenophoben Tradition?	50
<hr/>			
„Aurora Forum“ <i>Richard Rorty, Angela Y. Davis, Gordon Wood</i> über „Nationaler Stolz, nationale Scham“	60	Besprechungen und Rezensionen <i>Wolfgang Engler:</i> Die Ostdeutschen als Avantgarde Rezensiert von <i>Scott Gissendanner</i>	113
<i>Michael Opielka</i> Blutige Taten, heilende Werte? Eine religionssoziologische Rekon- struktion zum Krieg gegen den Irak	68	<i>Karl Wilhelm Fricke, Peter Steinbach, Johannes Tuchel (Hg.):</i> Opposition und Widerstand in der DDR Rezensiert von <i>Helmut Müller-Enbergs</i>	116
<i>Markus Linden</i> Einheit durch Integration Plädoyer für ein pluralistisches Verständnis zweier Schlagwörter	82		
<i>Mattias Iser</i> Ein verfassungspatriotisches Trilemma?	92	<i>Astrid Hedin:</i> The Politics of Social Networks, Interpersonal Trust and Institutional Change in Post-Communist East Germany Rezensiert von <i>Michael Thomas</i>	118
<i>Ernst Müller</i> Hannah Arendts Marxkritik	104		

Wilhelm Hinrichs, Eckhard Priller (Hg.): Handeln im Wandel. Akteurskon- stellationen in der Transformation Rezensiert von <i>Jana Rückert-John</i>	121	Rüdiger Bubner: Polis und Staat Rezensiert von <i>Eva-Maria Jung</i>	125
Wolfgang Sofsky: Zeit des Schreckens Amok, Terror, Krieg Rezensiert von <i>Lennart Laberenz</i>	124	Heinz-Hermann Krüger, Cathleen Grunert (Hg.): Handbuch Kindheits- und Jugendforschung Rezensiert von <i>Otto G. Schwenk</i>	127

Editorial

Ostdeutschland war für seine Bürger wie auch seine sozial- und kulturwissenschaftlichen Beobachter wohl immer nur dann interessant, wenn das Land historisch bedeutsame politische und soziale Veränderungen erlebte. Das betrifft zuerst die 1950er Jahre, als sich die DDR mit dem Experiment Sozialismus noch als glaubhafte Alternative zum westlichen Kapitalismus präsentieren konnte. „Der Staat besteht nur, wenn etwas in ihm vorgeht, und immer was Neues“, so der freche, immer etwas genüsslich provozierende Bauarbeiter Paul Bauch, Volker Brauns Anti-Held in *Die Kipper* (1963). „Die ganze Attraktion dieses Gebildes ist, dass es sich verändert. Das, glaub ich, war’s, was mich an dem Land kleben ließ: dass es ein andres wurde, wenn ich in kein andres fortging.“ Nachdem die Mauer dem Sozialismusprojekt seinen experimentellen Charakter genommen hatte, war es mit der Spannung vorbei. Und Bauch klagt ob der einsetzenden Stagnation: „Das ist das langweiligste Land der Erde!“

Mit der DDR hinter der Mauer wussten auch die meisten westlichen Sozialwissenschaftler wenig anzufangen, als Forschungsgegenstand war sie weder Fisch noch Fleisch. Für Sojetoologen lag sie an der Peripherie des Imperiums, für Deutschlandforscher war Westdeutschland attraktiver und zugänglicher, und für die westlich orientierten Sozialwissenschaften hatte das stagnierende staatssozialistische Gebilde wenig interessantes zu bieten. Lediglich bei Literaturwissenschaftlern fand sie noch nennenswerte Aufmerksamkeit. Erst die Wende im Herbst 1989 machte Ostdeutschland wieder politisch spannend und wissenschaftlich an-

schlussfähig und interessant. Zuerst stellte die Dynamik der Protestbewegung unter den Bedingungen des autoritären politischen Regimes die westliche Bewegungsforschung vor erhebliche Herausforderungen. Danach löste das Experiment Vereinigung enormes Interesse der unterschiedlichsten Disziplinen und eine schier unüberschaubare Flut von DDR- und Ostdeutschlandstudien aus. Mitte der 1990er Jahre waren die neuen Bundesländer wohl die am intensivsten beforschte Region der Welt. Seitdem aber ebte diese Forschungskonjunktur wieder rapide ab. Ostdeutschland gilt nunmehr als ein Forschungsobjekt ohne weiße Flecken und scheint, aus diesem Grund, für die Wissenschaft nicht mehr länger von besonderem Interesse. Für manche Beobachter sind Ostdeutschlandstudien also *out*.

Das eigenartige an Ostdeutschland als Forschungsobjekt ist, dass das wissenschaftliche Interesse daran immer durch seinen historisch unikalen Charakter hervorgerufen wurde.

Ostdeutschland war nie ein „normales“ Forschungsobjekt, das als ein Beispiel unter anderen in den wissenschaftlichen Diskurs und in die Theoriebildung eingebettet werden konnte. Es galt als prinzipiell unvergleichbar und das Interesse variierte in Abhängigkeit von seiner zufälligen zeithistorischen Brisanz. Im Zuge der deutschen Vereinigung und der anschließenden Reorganisation der ostdeutschen Gesellschaft ist diese Sichtweise sukzessive einer neuen Perspektive gewichen. Hinter dem scheinbaren Ende der Ostdeutschlandforschung deutet sich längst ein Neuanfang an. Zunächst bildeten die neuen Bundesländer dank ihrer Trans-

formation durch „Institutionentransfer“ (Lehmbruch) einen Spezialfall postsozialistischen Wandels, wenngleich dessen Relevanz für die vergleichende Transformationsforschung nur von wenigen Autoren Rechnung getragen wurde. Inzwischen gilt Ostdeutschland zunehmend als ein attraktives Objekt der vergleichenden Gesellschaftsforschung, weil allgemeine, typische Probleme der gegenwärtigen Modernisierung westlicher, insbesondere kontinentaleuropäischer Gesellschaften hier in besonders krasser Form zutage treten.

Ostdeutschlandforscher genießen kaum mehr die Narrenfreiheit, welche man Leuten zubilligt, die sich mit einem historischen bzw. kulturellen Unikat befassen. Wer heute Ostdeutschland als Untersuchungsobjekt auswählt, muss dies mit methodologischen, historischen oder sonstigen Argumenten rechtfertigen, die seine komparative Relevanz für die jeweilige Disziplin begründen. Aber gerade diese Situation verspricht eine erholsame Normalisierung der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dieser Gesellschaft. Trotz des scheinbaren Abgangs der Ostdeutschlandforschung steht die ostdeutsche Teilgesellschaft heute viel stärker im Zentrum wissenschaftlicher Diskurse als vor der Wende, als die DDR als ein einzigartiges, unvergleichbares Gebilde galt.

Die Beiträge in diesem Schwerpunkttheft kreisen um die Frage nach der gestrigen und der gegenwärtigen Position von Ostdeutschlandstudien. Sie liefern einen Rückblick aus verschiedenen Perspektiven, um Gedanken über die mögliche Zukunft von Ostdeutschlandstudien zu provozieren. *Raj Kollmorgen* beschreibt den quantitativen Auf- und Abschwung der Ostdeutschlandforschung nach der Wende und argumentiert, dass Ostdeutschlandstudien immer dann besonders reizvoll sind, wenn sie komparativ angelegt oder in größere theoretisch-methodische Kontexte eingebettet sind. *Henry Krisch* resümiert anlässlich der Auflösung der *East German Studies Association* im letzten Jahr rückblickend die Entwicklungsstadien der nordamerikanischen DDR- und Ostdeutschlandforschung. *Christoph Links* schildert die Geschichte von Ostdeutschlandstudien aus der Binnenperspektive der deutschen Publizistik. Die Beiträge von Linder, Cooke, Alt und Saunders demonstrieren, wie „ostdeutsche“ Probleme heute in sozialwissen-

schaftlich belangvoller Weise thematisiert werden können. *Bernd Linder* beschreibt anhand der „Generation der Unberatenen“ sozialpsychologische Konsequenzen für Jugendliche, die ihre entscheidende Sozialisationsphase in Zeiten eines umfassenden und rapiden gesellschaftlichen Umbruchs erfahren und dabei von allen herkömmlichen Autoritätspersonen allein gelassen werden.

Die englische Nachwuchswissenschaftlerin *Anna Saunders* geht den Ursachen von Xenophobie in der DDR und den neuen Bundesländern nach. Sie kommt zu dem Schluss, dass Fremdenfeindlichkeit in der ostdeutschen Gesellschaft zwar spezifische Wurzeln in der Funktionsweise des DDR-Sozialismus hat, aber dennoch als Ausdruck eines generellen, europäischen Musters sozialer Reaktion auf Überforderung durch rapiden sozialen Wandel interpretiert werden muss, das durch die außerordentlichen Unsicherheiten der Nach-Wende-Zeit zusätzlichen Auftrieb erfuhr. *Paul Cooke* demonstriert anhand der Gestaltung von „ostdeutschen“ Webseiten, dass die Identität von Ostdeutschen weniger von selbsttäuschender Nostalgie geprägt, sondern — wie das Land selbst — durch eine Ausdifferenzierung in unterschiedliche Richtungen gekennzeichnet ist. *Ramona Alt* schildert praktische Konsequenzen der Konfrontation zwischen ost- und westdeutschen Identitäten in einem Betrieb, der nach andauernden Konflikten mit der westdeutschen Mutterfirma schließlich von der ostdeutschen Belegschaft übernommen wurde. Sie dokumentiert den seltenen Fall einer Ost-West-Konflikt-situation, in der sich die „ostdeutsche“ Betriebskultur als durchaus ökonomisch rational und erfolgreich erwiesen hat.

Unter den weiteren Artikeln dürfte die regionssoziologische Untersuchung des Irakkriegs von *Michael Opielka* viele Leser interessieren. Neben einer differenzierten Untersuchung der vielgestaltigen und widersprüchlichen Kriegsgründe geht es um die These eines „Kulturkampfes“ zwischen der westlichen und der islamischen Welt. Der Autor untersucht die Modernisierungskonflikte, die auch innerhalb der arabischen Welt ablaufen und ohne die der Irakkrieg und seine möglichen Folgen kaum verstanden werden können.

Scott Gissendanner, Jan Wielgohs

Michael Opielka

Blutige Taten, heilende Werte?

Eine religionssoziologische Rekonstruktion zum Krieg gegen den Irak

Auch der Krieg gegen den Irak läßt sich ohne seine religiöse Dimension nicht verstehen. Die Frage lautet, ob Letztwerte in der Politik selbst ein Grund für Handeln sind, auch für Krieg, oder ob sie nur ein legitimatisches Rauschen für „wirkliche“ Gründe bilden. Die Argumentation soll in drei Schritten erfolgen. Im ersten Schritt werden ökonomische, psychologische und politische Gründe für und gegen den Krieg bewertet. Das einzig greifbare Ergebnis scheint, daß eine „zivilreligiöse“ Dimension die USA antreiben muß. In einem zweiten Schritt wird diskutiert, ob dieser Krieg bereits jenen „Kampf der Kulturen“ ausdrückt, den Samuel Huntington für das 21. Jahrhundert prognostizierte. Hier wird eine religionssoziologische Analyse nützlich sein, die drei Fragen im Verhältnis von Islam und westlicher Welt beleuchtet: das Verhältnis von Religion und Politik, die Demokratiefähigkeit und die Sozialpolitik. Zum Abschluß diskutiere ich die möglichen Kriegsfolgen für Palästina, für die Bekämpfung des Terrorismus und die Soziologie.

Kriegsgründe

Walter Laqueur bemerkte schon Ende 2002, daß noch nie in der Geschichte der Menschheit ein Krieg vor seinem Ausbruch so intensiv diskutiert wurde (Laqueur 2002). Dabei neigen die Beteiligten zu Einseitigkeiten. Ihre extremste Form ist apokalyptisch: es ginge jetzt um eine Entscheidung zwischen „good and evil“, zwischen Gott und Satan. Doch auch unterhalb dieser religiösen Plakatierung finden sich Polarisierungen. Drei Typen von Kriegsgründen werden in der Diskussion pro und contra Irak-Krieg in vielen Variationen vorgetragen: ökonomische, psychologische und politische.

Der erste Kriegsgrund sei, so die Vertreter eines radikalen Ökonomismus, der Kampf um

Öl. Dieses Argument wird vor allem von den Globalisierungskritikern der neueren Linken vertreten. Der Irak sei mit etwa 10% der Weltölvorräte wichtig, vor allem aber komme es den US-Amerikanern auf die Kontrolle über die gesamte Golf-Region an, in der sich etwa 65% der bekannten Welterdölvorräte befinden. Diese Kontrolle sei gefährdet, die Mehrzahl der Terroristen des 11.9. und ihre finanziellen Sponsoren waren saudische Staatsbürger, auf ihren Staat könnten sich die USA nicht wirklich verlassen und greifen deshalb zu den Waffen. Das Öl-Argument ist bestechend, nicht zuletzt vor dem Hintergrund, daß die USA ihre eigenen Erdölvorräte zu mehr als der Hälfte bereits ausgebeutet haben (vgl. Rempel 2000). Zudem war der Bush-Clan samt Beraterkreis mit dem Öl-Business verschwistert. Allerdings gelingt es selbst gut informierten Kritikern wie Bob Woodward nicht, Bush jr. als Öl-Ökonomen zu identifizieren (vgl. Woodward 2003). Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler hält das Öl-Argument im jetzigen Kriegsszenario für irrelevant, da die USA bereits mit dem Kuwait-Krieg für eine Ölpreisbildung qua Weltmarkt eintraten (Münkler 2003b).

Das Komplizierte an Politik ist freilich, daß alle Gründe miteinander verwoben sind und ihre Decodierung durch die Wissenschaft mit Kontroversen einhergehen muß. Natürlich spielen ökonomische Interessen eine erhebliche Rolle. Dies zeigt sich schon daran, daß sich unterdessen Frankreich und – wenn auch zurückhaltender – Rußland als die beiden Hauptgegenspieler der USA entpuppten. Während Deutschland hierbei nur die Rolle eines Juniorpartners spielt (Schöllgen 2003), dessen ökonomische Interessen als einer der drei wichtigsten Handelspartner des Irak weitgehend auf freie Marktbeziehungen beschränkt scheinen, sind Frankreich und Rußland polit-ökonomisch ganz anders im Irak positioniert. In den siebziger und

achtziger Jahren lieferte die Sowjetunion 80% der militärischen Güter des Irak, Frankreich mit 15% fast den gesamten Rest (vgl. Rühle 2003). In den neunziger Jahren teilten sich französische und russische Konsortien die irakischen Ölquellen vor allem für die Zeit nach dem Embargo auf. Damit wird eine eigentümliche Arbeitsteilung sichtbar: Franzosen und Russen vertreten ihre ökonomischen Interessen im Irak höchst erfolgreich. Sie positionieren sich als Kriegsgegner gegen die USA und würden vom Krieg profitieren. Öl-ökonomische Gründe würden einen Krieg deshalb weder rechtfertigen noch beginnen lassen.

Die zweite Begründungsachse ist psychologisch. Die Ausgangslage hat auch dramaturgische Potenz. Auf der einen Seite die nach 1989 einzig verbliebene Weltmacht, deren Präsident, ein ehemaliger Geheimdienstchef und Ölindustrieller, von seinem Gegenspieler, einem Massenmörder und Despoten, unterschätzt wurde. Letzterer raubte Kuwait und dessen Öl, weil er irrtümlich meinte, die Sowjetunion wäre noch ein handlungsfähiger Partner. Ersterer scheute sich, den bisherigen Partner im Kampf gegen den Iran, der als noch gefährlicher eingeschätzt wurde, vollständig aufzureiben. Sein Sohn, in der Ölindustrie ohne Fortune und ohne die Soldatenorden und CIA-Karriere des Vaters, möchte nun das väterliche Werk vollenden, damit aus dem Schatten heraustreten. Auch diese Dynamik ist unübersehbar. Doch genügt sie, um daraus den zentralen Kriegsgrund zu destillieren? Manche meinen das, wie Eugen Drewermann, der wohl auch als Psychoanalytiker auftritt und bei Bush aus der Ferne „eine Verzahnung aus individueller Neurose und sozialpsychologischem Wahn: ein Überbietungssyndrom und eine Weltbeglückungskomponente“ diagnostiziert (Drewermann 2003).¹ Diese teils neuartigen Krankheitsbilder werden kaum plausibler, wenn man sie um Drewermanns politisch-soziologische Einschätzungen ergänzt: Amerika sei „keine Demokratie, sondern eine Plutokratie“, die Pressefreiheit dort sei „nur nominell“ und „der Irak stellt keine wirkliche Gefahr dar“. Die Lächerlichmachung der Bush-Präsidentschaft verweist auf die durchaus persönliche Dimension einer Herrschaftsstruktur, die mit monarchistischen Elementen – wie der Palastähnlichkeit des Weißen Hauses als Wohnsitz – ihre Quellen im 18. Jahrhundert nicht ver-

schweigt. Doch zur Überwindung eines Vatertraumas würden sich die USA kaum in einen Krieg ziehen lassen. Die differenzierten psychoanalytischen Überlegungen von Jacques Derrida über das Problem der „Schurkenstaaten“ sehen im US-Feldzug gegen den Irak eher eine dreifache „Rationalisierung“ im psychoanalytischen Sinn: der Verunsicherung nach dem Verlust des vertrauten Feindbilds Sowjetunion; des Traumas des 11. September und der Drohung noch verheerenderer Terrorakte; und drittens der Unmöglichkeit, im nationalstaatlichen Denkmuster die neuartige Bedrohungslage zu erfassen. Damit liefen die USA Gefahr, selbst zum „Schurkenstaat“ zu werden, zumal jeder Macht der Mißbrauch als Möglichkeit eingeschrieben sei.² Auch die individual- wie sozialpsychologische Annahme von Kriegsgründen gibt Hinweise, überzeugt jedoch nicht.

So bleibt als dritte Argumentation eine politische. Trotz Globalisierung lassen sich zwei Politikebenen noch immer unterscheiden: Innenpolitik und Außenpolitik. In bezug auf den Irak heißt Innenpolitik zunächst: Diktatur oder Demokratie. György Konrad hat dies in einem Plädoyer „Warum ich für den Irak-Krieg bin“, so formuliert: „Habe ich nicht die Absicht, mich selbst zu täuschen, dann kann ich weder an eine Unschuld der amerikanischen noch der deutschen, weder der britischen noch der französischen, weder der russischen noch der chinesischen Seite glauben. Ich nehme zur Kenntnis, daß sie alle ihre Interessen haben. Wir, ehemalige Dissidenten Mitteleuropas, sind daran interessiert, daß es weniger Diktaturen auf der Erde gibt. Deshalb ist uns die aufgefrischte anti-imperialistische Propaganda, deren Wortführer wie in den Zeiten des Kalten Krieges groteskes Verständnis für todbringende Diktaturen bezeigen, nicht sympathisch. Deshalb bringen wir dem irakischen Despoten in seinem Vorgehen gegen das eigene Land und die Völker an der Peripherie keine demonstrative Toleranz entgegen.“ (Konrad 2003) Solche Überlegungen gelten gern als gesinnungsethisch motiviert, was sie gegenüber einer Verantwortungsethik, die auf Folgen blickt, benachteiligt (obgleich Max Weber, von dem diese Unterscheidung stammt, stets auf die Notwendigkeit beider Ethiken hinwies). Aus religionssoziologischer Sicht dürfte die Demokratiefrage allerdings zentral sein.

Vordergründig ist die Außenpolitik das Ent-

scheidende. Es geht um Weltpolitik, Machtpolitik, Völkerrecht und militärische Gewalt. Auch hier sind die Kontroversen erheblich, wenngleich besonders unübersichtlich. Ein Extrem der Kriegsgegner markieren Saddam Hussein und seine west-östlichen Freunde, zu denen neben Jörg Haider und dem serbischen Nationalisten Vojislav Seselj, gegen den vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag verhandelt wird (sein neuestes Buch lautet: „Saddam Hussein gegen aggressive Globalisierung“), zahlreiche Despoten der arabischen und früher sowjetischen Sphäre rechnen. Anders als diese Fronde von Befürwortern autoritärer Regime argumentieren Kritiker einer langfristigen, hegemonialen Geostrategie der USA, die das Ziel eines „amerikanischen Jahrhunderts“ unter anderem in Brzezinskis „Grand Chessboard“-Theorie (Brzezinski 1997) lesen und befürchten, die Bush-Administration könne zwischen „Führung und Diktat“ nicht unterscheiden (so Hoffmann 2003). Das andere Extrem bilden die Invasionsbefürworter mit starken Eigeninteressen, vor allem die irakischen Kurden. Sie erhofften sich lange Zeit³ von den USA politische Befreiung und kämpfen verständlicherweise gegen den Attentismus der Türkei, den der frühere Regierungschef Abdullah Gül so begründete: „Um Schiiten, Sunniten und Kurden des Iraks zusammenzuhalten, müßte das nächste Regime in Bagdad genauso autoritär wie Saddam Hussein regieren.“⁴ Die mittlere Position argumentiert im klassischen Sinn politisch – aus soziologischer Sicht kann man sagen: hier geht es um die Organisation von Macht mit dem Ziel der Begrenzung von Herrschaft durch verständigungsorientiertes Handeln.

Bezugspunkt dieses mittleren Politikwegs sind heute die Vereinten Nationen. Nach der Erfahrung zweier Weltkriege wurde der Krieg als Mittel der Politik geächtet, Eroberungs- wie Präventivkriege gelten als Völkerrechtsverstöße. Manche hofften, Außenpolitik werde bald Teil einer Welt-Innenpolitik. Das Problem der UN ist mit der Souveränität der Nationen zugleich ihre Grundlage, und zwar in doppelter Hinsicht: nach innen das Prinzip der Nichteinmischung, nach außen die Grauzone zwischen Abschreckung und Bedrohung anderer souveräner Staaten. Der Mauerfall und die Auflösung des Ostblocks haben diese Grundlage der UN verflüssigt und zugleich beide Probleme

politisiert: Verbrechen gegen die Menschlichkeit auch innerhalb eines souveränen Staates werden zunehmend zum Gegenstand internationalen Strafrechts, während die weltpolitische Intervention auch unterhalb des klassischen Angriffskrieges legitimierbar erscheint, wie das Beispiel des von den UN freigegebenen Angriffs auf Afghanistan zeigt. Beide Grundlagen wie Probleme der auf nationaler Souveränität basierenden UN treten im Fall des Irak-Krieges in aller Schärfe hervor. Nach Artikel 2 (4) der UNO-Charta sind zwar jede „Androhung und Anwendung von Gewalt“ verboten – mit Ausnahme von Notwehr (Art. 51) und als Zwangsmaßnahme des Sicherheitsrates (Art. 42) –, doch scheint sich, so der Völkerrechtler Karl M. Meesen in einer allerdings umstrittenen Deutung, ein „werdendes Völkergewohnheitsrecht“ herauszubilden, das die „Selbstverteidigung gegen den internationalen Terrorismus“ auch deshalb erlaubt, weil kein Staat eine ständige Bedrohung durch Terroristen zu akzeptieren braucht (Meesen 2003).⁵ Die politische und zugleich völkerrechtliche Frage lautet daher, ob der Irak diese Bedrohung darstellt.

Im September 2002 veröffentlichte das *International Institute for Strategic Studies* (IISS, London) ein Dossier zu den Massenvernichtungswaffen im Irak (IISS 2002). Bei ihrer Vorstellung resümierte der Direktor des Instituts, John Chipman: „Wait and the threat will grow; strike and the threat may be used.“ Dieser Einschätzung hatten die nach der UN-Resolution 1441 vom 8.11.2002 wieder im Irak tätigen Waffenkontrolleure wenig Neues hinzugefügt. Es war vor allem das im Dezember 2002 veröffentlichte Buch von Kenneth M. Pollack („The Threatening Storm. The Case for Invading Iraq“), das der Weltöffentlichkeit ein historisch rekonstruierendes Kompendium der Bedrohung durch den Irak zur Verfügung stellte (Pollack 2002). Anders als andere Staaten mit Massenvernichtungswaffen war der Irak mit zwei Angriffskriegen (Iran, Kuwait) nachweislich aggressionsbereit.⁶ Pollacks Kernargument war Saddams baldige Verfügung über Atomwaffen. Hier läge die völkerrechtliche Legitimation für die kriegerische Invasion in den Irak (nicht in der Absetzung eines Despoten, so wünschenswert sie auch erscheinen mag). Allerdings sollte nicht vergessen werden, daß auch die Intervention der Nato-Staa-

ten im Kosovo (1998) ohne UNO-Legitimation erfolgte. Angesichts des absehbaren Vetos Rußlands verzichteten auch jene Politiker auf ein Votum des Sicherheitsrates, die ein solches im Falle des Irak-Krieges für unverzichtbar hielten.

Kontrovers sind freilich die politischen Folgerungen. Während Pollack in einem baldigen Krieg eine „letzte Chance“ sah, den Irak zu stoppen (Pollack 2003), setzten bekanntlich die Gegner des Krieges auf ein erweitertes Waffenkontrollregime. Soweit sich die Diskussion überschauen läßt, scheint die Argumentation der Gegner – mit Ausnahme radikalpazifistischer Positionen – neben der völkerrechtlichen Einrede dreifach gestuft: zum einen sei die Invasion militärisch riskant, weil sie möglicherweise in einen Häuserkampf um Bagdad mit gewaltigen zivilen Opfern münde; zum zweiten wird eine Sympathisierung in der arabischen Welt befürchtet, die den Terrorismus begünstige, und drittens – dies gilt zumeist als stärkstes Argument – sehen die Kriegsgegner keine Perspektive für einen Irak ohne Saddam Hussein. Eine Demokratisierung des Irak sei ein „Wunschbildchen“, so Christian Semler in der „tageszeitung“, das weder die Sozialstruktur noch die „Mentalität der Völker der Region“ berücksichtige (Semler 2003).

Vielleicht helfen soziologische und insbesondere religionssoziologische Überlegungen weiter. Sie könnten zweierlei erklären: die Motivation und zugleich Volatilität des Invasionswillens der US-Regierung und die Frage nach der Entwicklungsperspektive des Irak als Teil der islamischen Welt.

Aus soziologischer Sicht erscheint der terroristische Angriff des 11.9.2001 als fundamentale Gefährdung der staatlichen Integration der US-Gesellschaft.⁷ Es ist die zentrale Funktion jeder staatlichen Ordnung, ihr Territorium und die darin lebende Bevölkerung zu sichern. Bereits Mitte des 17. Jahrhunderts hatte Thomas Hobbes diesen Funktionszusammenhang zwischen staatlicher Erwartung von Gehorsam und effektiver Garantie des Schutzes geäußert: „Pro protectione oboedientia“ (vgl. Münkler 2003a, 210). Eine Wiederholung des Mißlingens ist so lange programmiert, wie dem internationalen Terrorismus Auffangzonen zur Verfügung stehen, die sich internationalem Recht entziehen. Eine „uneingeschränkte Solidarität“ (Bundes-

kanzler Schröder) mit dem amerikanischen Volk muß diese Integrationsgefährdung wahrnehmen. Sie wird noch verständlicher vor dem Hintergrund einer inneramerikanischen Entwicklung, die auch den Europäern droht: der Schwächung der staatlichen Integration („melting pot“) durch das „Bindestrich“-Amerikanertum (Afro-, Hispano-, Asian- usf. Americans) – seit dem 11.9.2001 vergewissern sich gerade diese Gruppen ihrer Zugehörigkeit als US-Bürger. Die polarisierende deutsche Diskussion um ein Zuwanderungsgesetz wie die europäische Kontroverse um die Aufnahme der Türkei (und selbst des orthodoxen Osteuropa) in die EU mögen andeuten, welche komplexe Integrationsleistung staatliche Systeme erbringen müssen. Vor diesem Hintergrund ist die im September 2002 präsentierte „US National Security Strategy“ zu lesen. Zweierlei ist neu. Zum einen wird ausdrücklich das Ziel formuliert, daß keine andere militärische Macht die USA ein- oder gar überholen dürfe. Zweitens werden der internationale Terrorismus und „rogue states“, „Schurkenstaaten“, als neue Bedrohung identifiziert, die präventive Kriegführung zwingend machen können. Der Vorstellung einer beliebigen Interventionskompetenz der USA widerspricht die Fülle realer wie potentieller Konfliktregionen und damit ein an Vietnam erinnerndes Abnutzungsszenario. In einer fulminanten Rede vor dem amerikanischen Senat wies der Demokrat Robert C. Byrd die neue Lehre des „Pre-emptivkrieges“ zurück, die „rücksichtslose arrogante“ Bush-Regierung gefährde die internationale Ordnung und alle Bündnisse, auch gegen den Terrorismus (Byrd 2003). Experten weisen zudem darauf hin, daß die US-Argumentation andere Staaten zu vergleichbaren Legitimationen einlädt, wie bspw. Rußland in Tschetschenien.⁸ Was aber wäre die Alternative? Es ist unstrittig, daß die Bereitschaft Saddams Husseins, die UN-Waffenkontrollen wieder zuzulassen, ausschließlich auf die militärische Drohung der USA (und Großbritanniens) zurückging.

Ohne damit die weltpolitische und interessenbezogene Analyse der Kriegsgründe gering zu schätzen, eher, um deren Komplexität zu verstehen, sollte man deshalb ihre religiöse Dimension zur Kenntnis nehmen und der Frage nachgehen, ob diese Begründungsachse selbst als Kriegsgrund gelten könnte. Religions-

skeptische Beobachter, wie der deutsche „SPIEGEL“, machen sich über einen „Krieg aus Nächstenliebe“ lustig und stehen staunend vor Sätzen, wie sie George W. Bush am 10.2.2003 in Nashville formulierte: „Freiheit ist nicht Amerikas Geschenk an die Welt. Freiheit ist Gottes Geschenk an jedes menschliche Wesen auf der Welt. (...) Gott hat uns aufgerufen, unser Land zu verteidigen und die Welt zum Frieden zu führen, und wir werden beide Herausforderungen mit Mut und Selbstvertrauen angehen.“⁹ Als „Gottes Geschenk an die Menschheit“ pries schon der französische Philosoph Alexis de Tocqueville Amerikas Demokratie. Der Theologe und Friedensforscher Hans-Eckehard Bahr identifizierte in den religiösen Motiven amerikanischer Machtpolitik zwei diametrale Religionskonzepte – eine national orientierte, fundamentalistische „Sektenmentalität“ einerseits, eine universalistische, menschenrechtliche Religiosität andererseits: „Die amerikanische Machtpolitik ist nicht ohne ihre transrationalen, nationalreligiösen Antriebsmomente zu verstehen.“ (Bahr 2003) Eine einfühlsame Reportage über die religiöse Kultur in Midland, Texas, dem Heimatort von George W. Bush, schließt mit den Worten: „Ja, da denkt man, sollten wir Europäer eines Tages wieder so unklug sein und einem Diktator erlauben, den Kontinent mit Krieg zu überziehen, diese Jungs würden in der Normandie landen. Sie würden nicht viel darüber reden; bevor sie aber den Strand hochstürmen, womöglich ihrem Tod entgegen, werden sie ein heißes, ernstes Gebet an ihren Schöpfer richten.“ (Eisenhauer 2003) So würde man nicht über religiöse Fanatiker sprechen.

Der Parsons-Schüler Robert N. Bellah hat in den 60er Jahren den Rousseauschen Begriff der „Zivilreligion“ in die religionssoziologische Diskussion eingeführt. Sie ist keineswegs identisch mit der „modernen“ Religion, die ein Subsystem der Gesellschaft darstellt (neben Wirtschaft, Politik oder Kunst). Vielmehr bildet sie eine eigenständige Dimension des gesellschaftlichen Lebens, in den Vereinigten Staaten vielleicht selbst ein gesellschaftliches Subsystem, gekennzeichnet durch Überzeugungen, Symbole und Rituale. Als gegenwärtige Inhalte der amerikanischen „Civil Religion“ identifiziert Bellah folgende Elemente: 1. es gibt einen Gott; 2. dessen Wille ist durch die demokratische Verfahrensweise erkennbar; 3. somit ist das

demokratische Amerika wichtigstes Werkzeug in der Geschichte; und 4. die Nation ist die wichtigste Identitätsquelle des Amerikaners.¹⁰ Es ist diese Kombination aus Religion und Zivilreligion, die erst ein Verständnis für die Motivlage der USA ermöglicht. Unter allen westlichen Großgesellschaften zeichnen sich die USA durch die höchsten religiösen Werte aus (Kirchgang, Glaube an Gott usw.). Zugleich ist die Trennung von Staat und Religion in kaum einem anderen Staat so vollständig, mit der Folge eines religiösen Pluralismus, gar eines „Religionsmarktes“. Die „Civil Religion“ schlägt wiederum die Brücke zwischen Politik und Religion. Historisch und philosophisch ist das ohne den Einfluß der Freimaurerei nicht zu begreifen. Noch immer prangen maurerische Symbole auf Dollarnoten und sind etwa zwei Millionen Amerikaner Logenmitglieder. Eine Reduzierung der religiösen oder zivilreligiösen Emphase der USA beispielweise auf die methodistische „Erweckung“ von George W. Bush würde jene kulturellen Implikationen verfehlen. Gleichwohl erscheint die Dimension der „Zivilreligion“ nicht ohne Probleme, jedenfalls bei missionarischem Auftritt. Charles Taylor sah in der Rousseauschen Vorstellung einer *volonté générale* gar „verheerende“ Folgen für die Demokratie, da sie „Differenzen, Konkurrenz und Streit ihre Legitimität abspricht“ (Taylor 2002: 19).

Handelt es sich bei einem Krieg gegen den Irak also um einen Religionskrieg oder einen „Kampf der Kulturen“, wie dies Samuel Huntington bereits Mitte der 90er Jahre für das 21. Jahrhundert prognostizierte? Manche Beobachter argwöhnen dies. Doch eine genauere Untersuchung zeigt, daß der Kulturkampf bereits quer durch die Kulturen stattfindet, in ihnen selbst.¹¹

Kulturkampf?

1996 veröffentlichte Samuel Huntington sein einflußreiches Werk „The Clash of Civilizations“, in dem er geradezu eine „Kultur-Knall-Theorie“ präsentierte (Huntington 1996). Huntingtons Einteilung der Welt in sieben große zeitgenössische „Kulturkreise“ bzw. „Zivilisationen“ (sinisch, japanisch, hinduistisch, islamisch, westlich, lateinamerikanisch und evtl. afrikanisch) erklärt die Religion zu deren je

„elementarem Merkmal“ und beschreibt eine „multipolare“ Weltordnung, an deren „Bruchlinien“ die Konflikte drohen. Das weltpolitisch Neue sei, daß die „Ordnung der Zivilisationen“ zwar um Kernstaaten organisiert sei, doch den „Bruchlinienkonflikten“ mit dem „Niedergang der Staaten bzw. ihrer relativ gesunkenen Macht ein die Konflikte hegrender und moderierender Akteur fehle“ (Münkler 2003a: 201). So notwendig eine Interpretation der kulturellen Dimensionen des weltgesellschaftlichen Wandels ist, können gleichwohl aus soziologischer Sicht erhebliche Einwände gegen die politikwissenschaftliche Perspektive Huntingtons vorgetragen werden. Die beiden Haupteinwände sind sein monolithischer Kulturbegriff und die fehlende Binnendifferenzierung der „Zivilisationen“. „Das Multikulturelle ist nicht in erster Linie, wie bei Huntington, ein interkultureller, es ist ein intrakultureller Zustand“, so Wolfgang Schluchter (Schluchter 2002: 9).

Darüber sollten auch nicht die Szenarien zum islamistischen Fundamentalismus hinwegtäuschen, wie sie von Peter Scholl-Latour in vielen Fernsehreportagen und Publikationen skizziert werden.¹² Er sieht eine asiatisch-revolutionäre Bewegung gegen den Westen, vom Kaukasus über den Kashmir-Konflikt bis Indonesien, die – durchaus im Stil Huntingtons – auch China mittelfristig als Gegner einschließt. Einen ähnlichen Analyse-Typ bietet der israelische Philosoph Avishai Margalit an, der die islamische Welt insgesamt in einer „revolutionären Situation“ sieht, mit zwei – klassischen – Optionen, der „stalinistischen“ Revolution in einem Land, wie im Iran, und der „trozkistischen“ Version des Revolutionsexportes, wie sie Bin Laden wohl will (Margalit 2003). Doch sind diese Szenarien wirklichkeitsgemäß? Um zu klären, ob ein Krieg gegen den Irak die Zeichen eines „Kulturkampfes“ trägt – und damit, folgen wir Huntington, in eine Katastrophe münden könnte –, sollen drei Problemfelder der arabisch-islamischen Kultur näher betrachtet werden: das Verhältnis von Politik und Religion, die Frage nach der Demokratiefähigkeit und schließlich die Rolle der Sozialpolitik.

Aus heutiger westlicher Sicht scheint der Islam durch eine vormoderne Einheit von politischer und religiöser Sphäre gekennzeichnet, während das Christentum von Anfang an eine Zwei-Reiche-Lehre vertrat. Doch bereits Rous-

seau sah in seinem „Gesellschaftsvertrag“ am Beginn des Kapitels über die „bürgerliche Religion“ die historischen Wurzeln differenzierter: „Mohammed hatte sehr gesunde Ansichten; er knüpfte sein politisches System fest, und solange seine Regierungsform unter seinen Nachfolgern, den Kalifen, bestand, war diese Regierung eine völlig einheitliche und darin gut. Aber die Araber, reich, gelehrt, verfeinert, schlaff und faul geworden, wurden von Barbaren unterworfen: da begann die Spaltung der zwei Mächte von neuem. Obwohl sie bei den Mohammedanern weniger offenbar ist als bei den Christen, gibt es sie doch“ (Rousseau 1986: 144). Die entscheidende Frage heute lautet, ob die von Huntington problematisierte „Islamische Resurgenz“ – die Tatsache, daß „1995 mit Ausnahme des Iran jedes Land der Welt mit überwiegend muslimischer Bevölkerung in kultureller, sozialer und politischer Hinsicht islamischer und islamistischer geworden ist, als es fünfzehn Jahre zuvor gewesen war“ (Huntington 1996: 171) – auch mit einer Entdifferenzierung beider Subsysteme einherging. Während Huntington darauf keine Antwort gibt, vertreten Islam-Kenner wie Malise Ruthven die These, daß der Islamismus zwar den politischen Diskurs in den muslimischen Ländern auf absehbare Zeit beherrscht, doch faktisch „eher einen kulturellen Rückzug in die Moschee und den privaten Raum der Familie mit sich bringen“ wird. Auch in der muslimischen Welt weise alles auf wachsenden Individualismus und persönliche Wahlfreiheit hin und damit in den Beziehungen zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft auf eine dem Westen bekannte Entwicklung, allerdings nicht ohne Konflikte: „Leider muß damit gerechnet werden, daß auf diesem Weg noch viel Blut fließen wird.“¹³ Ruthvens Säkularisierungsprognose scheint freilich eindimensional, wie wir noch sehen werden. In historischer Sicht argumentiert Dietrich Jung, daß von einem einheitlichen Verhältnis beider Sphären weder in Europa noch in der islamischen Welt gesprochen werden könne, vielmehr auch in letzterer eine „Autonomisierung politischer Herrschaft im modernen Staat“ der Fall sei (Jung 2002).

Noch in den 80er Jahren war der Libanon zerrissen zwischen christlich-maronitischen und muslimischen Clans und erst in den 90er Jahren gelang es, nach blutigen Konflikten, das

von Frankreich als Mandatsmacht 1943 etablierte konfessionelle Proporzsystem einigermaßen zu stabilisieren, ohne, wie zuvor die Christen, eine der Gruppen zu privilegieren. Die 1941 in Damaskus gegründete „Arabische Sozialistische Baath-Partei“ verfolgte demgegenüber eine nationalistische, säkulare Ideologie. In ihrer Verfassung von 1947 wird an keiner Stelle auf den Islam Bezug genommen. An die Stelle der Religion tritt ein Panarabismus als eine Art säkularer Ersatzreligion, gar ein „säkularer Staatsfundamentalismus“ (Meier 2002: 63). 1963 wurde die Baath-Partei in Syrien und im Irak politisch wirksam und blieb es bis heute. Wenn Saddam Hussein während des Krieges gegen den Iran islamische Begriffe besetzte, vom „Heiligen Krieg“ sprach und seinen Soldaten zurief: „Bei Gott, ihr kämpft stellvertretend für die Geschichte“ (ebd.: 96f.), so muß man dies eher „zivilreligiös“ interpretieren, keineswegs als neue Einheit von Staat und Religion.

Die neuere Religionssoziologie stellt das – von der Soziologie des 20. Jahrhunderts vertretene – Modell der „Säkularisierung“ des Westens bzw. der Welt insgesamt in Frage. José Casanova hält es nur für eine von drei Dimensionen aufrecht: für die Differenzierung von religiösen und nicht-religiösen Subsystemen und Institutionen. Für zwei weitere Dimensionen – Säkularisierung als Niedergang religiöser Überzeugungen und Praktiken; sowie als Marginalisierung der Religion in die Privatheit – beobachtet er in exemplarischen Studien westlicher Gesellschaften (Spanien, Polen, Brasilien, USA) gegenläufige Entwicklungen. Sie lassen es ihm angezeigt sein, von „öffentlichen Religionen“ zu sprechen und schließlich zu vermuten, „daß Religion irgendwie unbeabsichtigt helfen kann, die Moderne selbst zu retten“ (Casanova 1994: 234). Andere Beobachter sprechen davon, daß die westlichen Gesellschaften gleichzeitig von „Säkularisierung“ wie von „Resakralisierung“ gekennzeichnet seien (vgl. Hildebrandt u.a. 2001).

Unterdessen liegen erste Studien über vergleichbare Entwicklungen in den muslimischen Gesellschaften vor. Mansoor Moaddel untersuchte mit Ronald Inglehart und Kollegen in Kairo, Teheran und Amman die Einstellungen zu Religion, Geschlecht und Politik in Ägypten, Iran und Jordanien und beobachtete Er-

staunliches: die „westlichsten“ Einstellungen finden sich im Iran (Moaddel 2002). Die Entdifferenzierung von Religion und Politik im iranischen Mullah-Regime hatte auf der Einstellungsebene gegenläufige Folgen. Das ist noch kein Beleg für eine Verwestlichung der muslimischen Welt insgesamt, gleichwohl ein Hinweis darauf, daß unilineare Säkularisierungsprognosen so wenig taugen wie Fundamentalismus-Befürchtungen. Die islamischen Eliten pauschal als Träger des erstarkten islamistischen Fundamentalismus zu identifizieren, erscheint wenig begründet. Auch der überwältigende Sieg der islamistischen AKP in der Türkei im Herbst 2002 scheint bislang eher ein Beleg für Casanovas differenzierte Sicht zu sein. Der Wahlsieger Erdogan gilt als Anhänger des Sufismus, einer nicht nur in der Türkei verbreiteten mystischen Strömung des Islam, die eher für eine „öffentliche Religion“ als für ein Amalgam von Staat und Religion eintritt. Vielleicht liegt hier die Chance für Verständigung und langfristigen Frieden. Zwar bezweifelt Bassam Tibi, der wortgewaltige Politologe und Streiter für einen „Euroislam“, daß der Islam bereit sei, von seiner Dominanzvorstellung abzulassen und damit institutionellen Säkularismus – als Trennung von Religion und Politik – anzunehmen (Tibi 2002). Ohne Druck, Pragmatismus und spätere Einsicht ist das nicht möglich. Das war allerdings im Christentum nicht anders. Napoleons Zwangssäkularisierung und Kirchenenteignung waren, in Frankreich, erst 1903 vollendet – ohne jedoch den christlichen Glauben zu zerstören.

Wie steht es nun mit der Demokratiefähigkeit des Islam und insbesondere des Irak? Der Historiker Heinrich August Winkler ist rigide: „Im arabischen Nahen Osten fehlen die Grundlagen für eine westliche Demokratie.“ (Winkler 2003) Jene Grundlagen hatte der Politiksoziologe Thomas H. Marshall für Europa in einem Dreischritt rekonstruiert: vom Rechtsstaat des 18. Jahrhunderts über den demokratischen Staat des 19. zum Wohlfahrtsstaat des 20. Jahrhunderts (vgl. Marshall 1992). Daß diese jahrhundertelange Entwicklung in anderen Weltregionen nicht beliebig zu beschleunigen ist, zeigt das Beispiel der Sowjetunion, deren demokratische Kultur – Menschenrechte, Zensurfreiheit, Minderheitenrechte – noch wenig befriedigt. Dennoch würde kaum ein westlicher

Politiker oder Wissenschaftler eine Rückkehr zur Despotie anraten.

Auch in der islamischen Welt ist Demokratie nicht ohne Kampf gegen Despoten zu erlangen, und vermutlich so wenig ohne die bittere Erfahrung von Kriegen oder Systemzusammenbrüchen wie andernorts. Der bedeutende türkische Theologe und Politiker Yaşar Nuri Öztürk hat eindrücklich nachgezeichnet, warum bereits im Koran – und damit in der Grundschrift des Islam – die Idee der Demokratie eingeschrieben ist: „Das Recht zur Führung eines Volkes kann nicht von Gott oder per Geburt erlangt werden, sondern nur vom Volk und durch Wahlen. Dies bezeichnet der Koran als *bajät*. Das mittels *bajät* erlangte Recht zur Führung eines Volkes wird mit dem *schura* genannten System der Beratung und Kontrolle vollzogen. Dieses System stellt sicher, daß die Führenden die Geführten und umgekehrt die Geführten die Führenden kontrollieren. Auf der Grundlage der *schura* kann das Volk, das über die Regierenden wacht, ihnen auch das Recht zur Herrschaft entziehen, falls es dies für notwendig erachtet.“ (Öztürk 2003) Öztürk sieht natürlich, daß der „wichtige Teil der zeitgenössischen islamischen Intellektuellen“, der dies begreift und daraus demokratische Folgen zieht, „noch keinen großen Einfluß“ ausübt. Sowohl religiöse Führer wie auch die herrschenden islamischen Despoten „verheimlichen“ insoweit den „wahren Islam“ zugunsten eines konservativen, „traditionellen Islam“. Sie versuchen, ihre Macht zu bewahren, und öffnen sich zugleich, wie die europäischen Herrscher des 19. Jahrhunderts, liberalem Denken: so kündigte die saudische Regierung am 13.1.2003 eine Initiative für einen neuen „arabischen Gesellschaftsvertrag“ an, der drei Grundprinzipien enthalten solle: „Ablehnung von Gewaltanwendung, Selbstkritik und Ausweitung der politischen Partizipation.“ (Hamzawy 2003)

Die entscheidende Frage lautet nun: kann eine Intervention von außen, eine kriegerische Invasion, dieses Bündnis konservativer religiöser und politischer Führer aufbrechen? In der wissenschaftlichen Literatur finden sich auf diese Frage naturgemäß keine eindeutigen Antworten. Liegen der Erwartung der Bush-Regierung, im Irak eine demokratische Staatsform mit Leitbildfunktion für andere arabische Gesellschaften zu etablieren, folglich riskante,

möglicherweise illusionäre Hoffnungen zugrunde? Die bislang bekannten Pläne der Bush-Regierung für ein mehrjähriges US-Militärgouvernement im Irak, abgesichert durch eine sechsstellige Zahl von US-Soldaten, lassen – trotz gegenteiliger öffentlicher Beteuerungen – annehmen, daß der Nachkriegszeit weniger Demokratie-Hoffnungen als vielmehr militärische Sicherheitsinteressen gelten.¹⁴ Die derzeitige Lage in Afghanistan gibt zudem wenig Anlaß, den USA besonderes Engagement beim „nation-building“ zuzutrauen. Im Irak wäre dies folglich eher die Aufgabe der Europäer, die ohnehin – bei einer Aufnahme der Türkei in die EU – zum unmittelbaren Nachbarn würden. Und warum soll die Demokratisierung des Irak nicht gelingen, als eine späte Wiedergutmachung der kolonialen Ignoranz – die Briten richteten dort noch 1921 eine Monarchie ein –, wo dies in Staaten wie Indien durchaus möglich war, unter religiös und kulturell keineswegs weniger komplexen Bedingungen? Allerdings sollten die Europäer aus den blutigen Fehlern auf dem Balkan dringend lernen: so wenig wie Jugoslawien würde sich voraussichtlich der Irak als staatlich integriertes System halten lassen. Die kulturell-ethnische und religiöse Dreiteilung in Kurden, Sunniten und Schiiten müßte zumindest zu einem föderalen System, vermutlich aber zur staatlichen Neugliederung führen. Hier liegt die erste und – im Kontext der regionalen Machtbalancen – gewiß nicht konfliktfreie Aufgabe einer Demokratisierung: den Irakern die Chance zu eröffnen, unter der Obhut der UN über die Grundlagen ihrer Verfassung selbst zu entscheiden.

George Packer hat in einem eindrücklichen Artikel in der „New York Times“ die Diskussionsprozesse innerhalb der US-Administration und der irakischen Exil-Opposition rekonstruiert und dabei auf die Rolle von Kanan Makiya hingewiesen, dem Autor von „Republic of Fear“ (1989). Makiya, ein früherer Trotzkiist und heutiger Liberaler, gehört zu den Vertretern eines „irakischen Exzeptionalismus“, der Idee, daß die Iraker aufgrund ihrer spezifischen Leidenserfahrung gegen die anti-westliche Rhetorik der übrigen arabischen Welt voraussichtlich immun seien. Makiya verfaßte im Auftrag der „Future of Iraq Project’s Democratic Principles Working Group“ eine Studie über eine demokratische Neuordnung nach Saddam, die er so beschreibt:

„Die Studie enthält eine völlig neue Idee, die bisher in der arabisch-muslimischen Welt nicht existiert. Sie ist etwas Enormes, etwas Unglaubliches. Wir sprechen vor allem von einer Idee der Demokratie, die nicht nur die Mehrheitsregel meint – eine Idee der Demokratie, die von Minderheitenrechten handelt und vor allem von individuellen Rechten. Es ist eine Kampfschrift.“ (Zit. in Packer 2003) Die Skeptiker gegenüber dieser optimistischen Vision sind freilich nicht nur im Pentagon und in der *Carnegie Foundation*, sondern auch bei den „Realpolitikern“ des links-liberalen politischen Milieus mächtig, vor allem in Europa. So kann tatsächlich der Eindruck eines „Religionskrieges“ aufkommen – freilich für eine „Religion der Demokratie“, präziser und (in Anlehnung an Emile Durkheim): eines „Kults des Individuums“. Der Orientalist Edward W. Said warnte die arabischen Intellektuellen vor einer holzschnittartigen Karikatur der USA, in der es eine reiche „Tradition abweichenden Denkens“ gebe: „Kulturen überschneiden sich stets mit anderen Kulturen“ (Said 2003, 13).

In einem Anfang 2003 veröffentlichten Band des IISS diskutieren Experten die Ausgangsbedingungen der irakischen Gesellschaft für einen Regimewechsel. Sie klären darüber auf, daß diese keineswegs unter beschaulichen Kategorien wie Sekte, Stamm und Partei erklärt werden können. Vielmehr müsse man insbesondere die Rentierstruktur der staatlichen Ökonomie und die Existenz eines „Schattenstaates“ zur Kenntnis nehmen, der öffentliche Güter nach Regimeinteressen verteilt (Dodge/Simon 2003). Wir kommen damit zum dritten Problemkreis eines vor allem inner-arabisch-islamischen „Kulturkampfes“: Rolle und Funktion der Sozialpolitik in arabisch-islamischen Gesellschaften, insbesondere im Irak.

Im Sommer 2002 stellte das UNO-Entwicklungsprogramm (UNDP) einen in seinem Auftrag von einer Gruppe unabhängiger arabischer Experten erstellten „Arab Human Development Report“ vor (UNDP 2002). Der Befund war dramatisch: in den 22 Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga mit rund 280 Millionen Einwohnern wirkte die Abhängigkeit vom Erdöl seit 1980 als Wachstumsverlangsamung. Ihr kombiniertes Bruttoinlandsprodukt erreichte 1999 mit 531 Mrd. \$ nicht einmal das Niveau Spaniens. Neben ökonomischen Fehlentwicklungen

im engeren Sinn (Investitionen der Erdöleinahmen vor allem außerhalb der arabischen Länder, sinkende Nettoproduktivität, fehlende Kooperation) sind es politische Regulierungsmängel – und nicht die Religion –, die die Rückständigkeit verursachen: eine kulturelle Abschottung (jährlich werden nur 300 Bücher ins Arabische übersetzt – allein das kleine Griechenland bringt es auf die fünffache Zahl an Fremdautoren), vor allem aber ein weitreichendes Versagen bei den gängigsten sozialpolitischen Indikatoren: Bildung, Gesundheit und sozialer Ausgleich.

Unterdessen ist es in der international vergleichenden sozialpolitischen Forschung unbestritten, daß die Entwicklung wohlfahrtsstaatlicher Institutionen nicht Folge, sondern zentrale Voraussetzung der ökonomischen Prosperität der westlichen Industriegesellschaften (und phasenweise auch der sozialistischen) darstellte. Die Beziehungen zwischen Wohlfahrtsstaatlichkeit und Demokratie wiederum waren lange Zeit nicht so eindeutig. Erst die Entfaltung der Dienstleistungsökonomie und ihr Übergang in eine Wissens- und Informationsökonomie mit den einschlägigen Anforderungen an flexible, kreative und kooperationsfähige Belegschaften zeigen im Weltmaßstab die Überlegenheit demokratischer Wohlfahrtsstaaten.¹⁵ Hier liegt der strukturelle Mangel der arabisch-islamischen Welt, der durch den Ölreichtum eben nicht kompensiert werden kann. Hinzu kommt die demographische „Bombe“: So rechnet man Saudi Arabien, mit mehr als 50% der Bevölkerung jünger als 18 Jahre, zu den „heißen Gesellschaften“ – ohne reale sozialökonomische Chancen bieten sie ihrem Nachwuchs nur die Option von Resignation oder Terrorismus. Weitsichtige Führer haben die Gefahr erkannt. Doch ohne fundamentale Sozialreformen kann sie überhaupt nicht gebannt werden.

Möglicherweise erweist sich die sozialistische Matrix der irakischen Gesellschaft als durchaus günstige Voraussetzung für eine nachholende Modernisierung. Bis zum Iran-Krieg waren Infrastruktur und Sozialwesen im Irak so gut ausgebaut wie in keinem anderen arabischen Land. Zudem leben drei Viertel der irakischen Bevölkerung in Städten, sind Frauen zumindest formal weitgehend gleichberechtigt und besteht trotz der erheblichen Analphabetenquote ein beachtliches akademisches Potential

(acht Universitäten, eine TU und 19 technische Institute). Nach Angaben der „Internationalen Vereinigung für soziale Sicherheit“ (ISSA, Genf) verfügt der Irak über ein beachtliches System an Sozialversicherungen für Alter, Invalidität, Krankheit und Elternschaft. So übertreffen die Sicherungsleistungen für Mütter bei weitem die entsprechenden relativen Niveaus in den USA.¹⁶ Man mag dies als „national-sozialistisches Kredo“ einer anfangs vom deutschen Nationalsozialismus beeinflussten Baath-Ideologie abtun (so Jabar 2003). Dennoch: Ein „Kulturkampf“ um das „westliche“ Wohlfahrtsstaatsmodell muß im Irak nicht mehr geführt werden – zumal dessen künftige Ausgestaltung auch im Westen heftig diskutiert wird. Auch in dieser Hinsicht könnten die optimistischen Kalkulationen der US-Regierung also aufgehen.

Kriegsfolgen

Anstelle eines „Kampfs der Kulturen“ zeitigt also eine Invasion in den Irak tatsächlich für die regionale wie globale Entwicklung möglicherweise positive Folgen. Herfried Münkler hält zwar zunächst eher ein „Prosperitätsregime“ als Demokratie für wahrscheinlich. Auf einen Krieg zu verzichten, konnte sich eine Weltmacht wie die USA jedoch nicht mehr leisten: „Für die ist ein Gesichtsverlust ein Verlust von Drohpotential, der zur Folge hat, daß man bei der nächsten Gelegenheit um so heftiger zuschlagen muß.“ (Münkler 2003b). So bleiben am Schluß noch zwei weitere, auch religionssoziologisch bedeutsame Fragen offen: die Folgen eines Irak-Krieges für Palästina und für den internationalen Terrorismus.

Ein Regimewechsel im Irak bedeutete das möglicherweise endgültige Aus für den panarabischen Nationalismus und damit die Voraussetzung für einen Frieden in Palästina. Wie Umfragen zeigen, ist die überwiegende Mehrheit der israelischen wie der palästinensischen Bevölkerung an einem pragmatischen Zusammenleben beider Völker interessiert. Was fehlt, ist eine realistische institutionelle Perspektive, die Vertrauen ermöglicht. Alle bisherigen Friedensabkommen erforderten Druck von außen – zugleich aber auf beiden Seiten Führer, die an Frieden wirklich interessiert sind. Solange die

palästinensische Führung mit Druck und Unterstützung anderer arabischer Staaten auf Terrorismus setzt oder ihn zumindest billigt, wird sich die jüdische Mehrheit der Israelis um Politiker scharen, die auf parastaatlichen Terror mit dem verfügbaren staatlichen Terror antworten. Vielleicht besteht die einzige Chance für eine dauerhafte Befriedigung der Region in einer Ausweitung der EU über Zypern hinaus nach Palästina – ein zugegebenermaßen wagemutiger Gedanke. Was aber, wenn man den Bevölkerungen die Wahl dafür zumindest anbietet? Die religiösen Wurzeln Europas liegen nicht nur im Christentum, sondern auch im Judentum und zu einem gewissen Teil im Islam.

Man mag gegen diese Vision einwenden, sie abstrahiere von den Risiken des Übergangs. Vor dem Hintergrund der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus sollten jedoch alle Optionen geprüft werden. Wolf Biermann geißelte in einem polemischen Essay im „SPIEGEL“ den „Nationalpazifismus“ der deutschen Gegner eines Irak-Krieges (Biermann 2003). Ohne die so „waffengeilen Amerikaner“ hätte es weder eine Befreiung vom Hitler-Regime noch „die Entlassung der DDR aus dem sowjetischen Völkergefängnis“ gegeben. Tatsächlich ist der Impuls der neuen weltweiten Friedensbewegung schillernd: einerseits ein Anknüpfen an einen „neuen“ europäischen Geist der Mitte, des Ausgleichs, belehrt aus Weltkriegserfahrungen; andererseits aber auch nicht zu übersehender Antiamerikanismus und – wenn gleich latent – Antisemitismus. Die politischen Terroristen (wie ihre Despoten) nimmt diese Bewegung kaum ins Visier. Man kann jene Mörder als „Blasphemiker“ entlarven, wie Ulrich K. Preuß dies mit protestantischer Genauigkeit vorführt (Preuß 2002). Es wird nicht genügen. Den geistigen Boden für die politischen Selbstmordattentäter bildet das religiöse Schwächegefühl der Islamisten gegenüber den Versuchen der liberal-säkularen Moderne (vgl. Juergensmeyer 2001; Bialas 2003). „Der Westen“ sollte auf seine eigenen, geistig-kulturellen Schwächen blicken, auf seine eigenen Versuche, diese zu transformieren – und wird dabei, in dieser letztlich immer religiösen Aktion – Religion verstanden als Rückbindung an Unhintergebares – in der islamischen Welt (wie auch in den anderen weltreligiös geprägten Kulturen) Partner finden.

Die zivilreligiöse Begründung der Bush-Regierung für eine Irak-Invasion – ganz anders noch als bei früheren imperialistischen Abenteuerern wie in Vietnam – könnte sich insoweit als historischer *Kairos* erweisen, der eine Verständigung über eine zweite Moderne ermöglicht, die nicht einfach von hedonistischem Individualismus geprägt sein wird. Die geistigen Eliten gerade in der islamischen Welt müssen glaubwürdig als Partner gewonnen werden. Die westliche Reflexion auf Toleranz, Differenz und Pluralismus darf das Verhältnis von „Glauben und Wissen“ nicht als Widerspruch, sondern muß es als ureigene und zugleich universale Herausforderung begreifen. Das ist natürlich „Idealismus“, jedenfalls im Sinne Hegels. Es könnte aber sein, daß nur eine solch „idealistische“ Haltung ein friedliches Zusammenleben der Menschheit sichert. Die neuere Religionssoziologie plädiert dafür, nicht nur den weltweiten Trend hin zu einer „impliziten“ oder „unsichtbaren Religion“ zu erkennen, sondern auch den Zusammenhang von Globalisierung und Religion so wahrzunehmen, daß hier nicht nur das Partikulare, Regionale und Heterogene, sondern Züge des Universellen sichtbar werden (vgl. Beyer 2001).

Die zivilreligiöse Botschaft Amerikas – und Großbritanniens – an die arabische Welt lautet: Freiheit durch Demokratie. Der Krieg gilt als unvermeidliches Übel, um diese historisch nötige Mission zu vertreten. Dagegen gibt es zwei Einwände: Der erste Einwand hält die arabisch-islamische Welt für undemokratisierbar. Selbst im US-Außenministerium wird vor der Hoffnung auf eine „demokratische Domino-Theorie“ gewarnt, weil die sozialökonomischen Probleme dieser Region endemisch seien (Miller 2003). Für die Chance zur Demokratie sprechen die praktische Demokratie-Erfahrung im Libanon, das relativ hohe Bildungsniveau im Irak und die Existenz, aber eben despotische Unterdrückung demokratischer Kultur in der arabischen Welt. Der zweite Einwand eines großen Teils der Weltbevölkerung und ihrer Eliten hält die USA schlicht für unglaubwürdig. Auch dagegen läßt viel vortragen, vor allem aber zwei Tatsachen: Die erste ist die geänderte Weltlage nach 1989. Weder ein Sturz von Allende in Chile durch die CIA noch ein Vietnam-Krieg waren ohne jene Blockkonfrontation denkbar. Diese fehlt jetzt. Die zweite Tatsache

ist eine eher geisteswissenschaftliche. Auf sie hat Rudolf Steiner vor mehr als achtzig Jahren aufmerksam gemacht. Wir leben im Zeitalter der „Bewußtseinsseelenentwicklung“, und in der englischsprachigen Welt tritt diese „Hinnäherung zur Bewußtseinsseele instinktiv“ auf: „Das ist auch die Schwierigkeit des Verständnisses, die da vorliegt, wenn die Leute englische Politik oder die amerikanische Politik begreifen wollen. (...) Sie wird daher diese selbstsüchtigen Impulse als das Selbstverständliche ansehen, als das Rechtliche, als das Moralische. Da ist gar nichts dagegen einzuwenden. Das ist (...) als eine welthistorische, ja sogar kosmische Notwendigkeit einfach einzusehen.“ (Steiner 1990: 140ff.) Einen Krieg mit seiner Grausamkeit in dieser „Notwendigkeit“ der Freiheitsentwicklung zu sehen, fällt vielen schwerer als jenem Kommentator der „New York Times“, der bei Tony Blair die Vision des kabbalistischen „*tikkun olam*“ erkannte, das heißt: „to repair the world“, die Welt zu reparieren (Friedman 2003). George W. Bush brachte die Willens-Basierung der amerikanischen Zivilreligion in seiner Kriegserklärung vom 17. März 2003 auf den Punkt: „This is not a question of authority, it is a question of will.“¹⁷ Gegen den darin möglichen Unilateralismus der USA unterschied Timothy Garton Ash drei „broad ideas“, die um die westliche Nachfolge des Kalten Krieges konkurrieren: die „Rumsfeldian idea“ des Unilateralismus, die „Chiraco-Putinesque idea“, wonach Amerika gefährlich und eine kontinentale, „eurasische“ Koalition mit freilich zweifelhafter Demokratiekompetenz zu ihrer Begrenzung erforderlich wäre, und schließlich die für ihn einzige tragfähige Idee einer neuen Weltordnung, die er „Blairism“ nennt (Ash 2003). Die Demokraten Ronald D. Asmus und Kenneth M. Pollack skizzierten im Herbst 2002 dieses „New Transatlantic Project“, das einen gewaltsamen Regimewechsel im Irak einschloß, im weiteren jedoch auf eine massive Stärkung demokratischer, marktwirtschaftlicher und rechtsstaatlicher Entwicklungen in den heute noch despotisch oder autokratisch regierten Weltregionen setzt (Asmus/Pollack 2002).

Konnte der Krieg vermieden werden? Es schien nur eine Option zu geben: Saddam Hussein respektiert das irakische Volk und öffnet den Weg für freie Wahlen, die selbst die staatliche Verfassung des Irak in Frage stellen. Auf

der Konferenz der Arabischen Liga Anfang März 2003 forderten ihn die Vertreter der Vereinigten Arabischen Emirate zum Rücktritt auf und boten ihm ein Exil an – während die anderen 21 Außenminister dies nicht für ratsam hielten: „Das ist eine Angelegenheit, in der die Entscheidung ausschließlich beim irakischen Volk liegt“, erklärte der stellvertretende Generalsekretär der Liga. Nur: Wer fragt das Volk? Und: Rechtfertigt Husseins Ablehnung solchen Ansinnens einen Krieg, mit all seinen schrecklichen Folgen für die Zivilbevölkerung und den Risiken neuen Terrorismus?

Was wäre die – theoretische und künftige – Alternative zum Krieg? Michael Walzer sah nur einen „richtigen Weg“, gegen den Krieg zu sein: einen „Internationalismus“, in dem nicht nur die USA, sondern auch andere Staaten reale – und das heißt notfalls auch: militärische – Verantwortung für die Durchsetzung internationalen Rechts übernehmen (Walzer 2003). Das wäre der Beginn der Weltinnenpolitik eines Weltstaates – doch ist die Idee einer unipolaren Welt anstelle einer multipolaren weniger „idealistisch“ als die Hoffnung, daß die Religionen der Welt nicht mehr die Grundlage für Feindschaft bilden, sondern das Saatbeet für Menschenrechte, Demokratie und Wohlfahrtsstaatlichkeit?

Eine soziologische Analyse laufender und vor allem künftiger Vorgänge steht stets unter dem Vorbehalt des Ungewissen. Das erhöht das Risiko, Max Webers Postulat der „Wertfreiheit“ noch mehr zu umgehen, als ohnehin unvermeidlich. Wenn Ulrich Beck die Bush-Regierung für „religiös übercodiert“ erklärt und sie der „absolutistischen und revolutionären Nicht-Politik“ zieht, mag das als Analyse gelten. Sein werthaltiges Plädoyer für „eine Politik der militärischen *Bedrohung*, die friedlich die Welt verändert“, für einen „militärischen Humanismus“, der hofft: „Die militärische Eroberung des Iraks kann in dem Maße verhindert werden, in dem die militärische Eroberung so sicher ist wie das Amen in der Kirche“ (Beck 2003); bleibt dem Paradox ihres blutigen Scheiterns ausgeliefert. Karl Otto Hondrich hält sich deshalb mit dem Vagen nicht auf: „Denn Ordnung und Freiheit stellen sich nicht einfach her durch Gleichverteilung, sondern durch Unterdrückung von Gewalt durch noch größere Gewalt.“ Die Europäer mögen sich für besonders

tolerant halten, „aber prüfen wir selbst: Wenn Gleichberechtigung der Geschlechter, Freiheit der Religion und der Rede, demokratische Kontrolle der Macht ernstlich angegriffen würden – würden wir uns nicht mit aller Gewalt zur Wehr setzen? Nur weil wir uns der eigenen Lebensform so sicher sind (und damit rechnen, daß sie sich wie von selbst durchsetzt, also in Beziehung zu andern dominant ist), können wir vergessen, daß sie auf gewaltsamer Durchsetzung beruht und des Gewaltschutzes bedarf, kurz, eine Gewaltordnung ist. Weit entfernt davon, darauf verzichten zu können, macht die westliche Kultur Durchsetzung zu einem Wert eigener Art: Selbstbestimmung, Selbstbehauptung, Selbstentfaltung – diese modernen Wertformeln enthalten mehr Keime der Gewalt als das lakonische ‚Allahs Wille geschehe‘.“ Man mag gleichwohl Hondrichs Sozialanthropologie einer „Erklärung von Krieg und Gewalt durch Gesetze, die selbst nicht von Menschen gemacht sind – also Reziprozität, Moralität, Identität, Fatalität, Tabu“ (Hondrich 2003) widersprechen – und wird damit nur auf das komplexere Feld soziologischer Theorie geworfen. Hier scheint zu dümmern, daß Wertfragen, vor allem Letztwert–, also religiöse Fragen nicht mehr nur als religionssoziologische Spekulation abgetan, sondern in das Zentrum der Soziologie gehören. Das war schon Max Weber klar (vgl. Kippenberg 2002).

Anmerkungen

- 1 So spricht die grüne Spitzenpolitikerin Antje Vollmer vom „unerledigten Job von Vater Bush“ (in: „Hart aber fair“, WDR3, 19.3.2003).
- 2 Ein komplexer Sachverhalt. Derrida über „Schurkenstaaten“, in: Neue Zürcher Zeitung, 1.3.2003
- 3 Am 25.2.2003 verabschiedete das Parlament der nordirakischen Kurden allerdings eine Deklaration, die eine gravierende Spannung zwischen den USA, den Kurden und der Türkei ankündigte, da sich die USA von den ursprünglichen Plänen einer relativen Autonomie der Kurden im Nordirak verabschiedet hatten, um die Türkei als Aufmarschplatz zu gewinnen (Neue Zürcher Zeitung, 26.2.2003)
- 4 Zit. in: „Ankara für Kriegseintritt auf Seiten Amerikas“, in: Neue Zürcher Zeitung, 25.2.2003
- 5 Auch Völkerrechtler, die vor der Invasion eine militärische Aktion für „unzulässig“ hielten, weil sie die „Idee des Rule of Law“ verletzt sahen, die „Adäquanz der Mittel“ nicht gewährleistet sei und die „Güterabwägung“ dagegen spräche, geben zu bedenken, daß die Fixierung auf die Frage, ob das Völkerrecht durch

- den Irak-Krieg verletzt wurde, „unergiebig“ sei: Die zu erwartenden „asymmetrischen“ Konflikte erforderten neue Formen der Konfliktregelung, auch im Sicherheitsrat (Thürer 2003).
- 6 Der Irak verfügte 1990 mit 1,4 Mio. Soldaten unter Waffen über die viertgrößte Armee der Welt, Ende 2002 noch immer über ca. 430.000 Soldaten; bezogen auf die Bevölkerung würde das bedeuten, daß Deutschland (heute) mehr als 5 bzw. 2 Mio. Soldaten vorhält. Verteidigungsbereitschaft ist etwas anderes.
 - 7 Der Irak war im übrigen der einzige Staat weltweit, der dieses Attentat nicht verurteilte.
 - 8 Vgl. IISS 2002a; es sind die „Neuen Kriege“, jene terroristischen Discount-Angriffe, die Verteidigung erschweren, Geheimdienste aufwerten und den Krieg verallgemeinern; vgl. grundlegend Münkler 2002.
 - 9 In: DER SPIEGEL, Nr. 8, 2003, 96
 - 10 Vgl. Bellah/Hammond 1980, worin Bellah nachweist, daß auch in anderen Gesellschaften vergleichbare Phänomene beobachtet werden können; zum aktuellen Forschungsstand auch Haase 2001; Knoblauch 1999: 102ff.
 - 11 Für eine stark gekürzte Vorfassung des folgenden Textes vgl. Opielka 2003b.
 - 12 Zuletzt in einer suggestiven Dokumentationsreihe „Krieg gegen den Terrorismus – Krieg gegen den Islam?“ (3sat, Februar 2003).
 - 13 Ruthven 2000: 188ff. Der Großmufti von Marseille, Soheib Bencheikh, hat in diesem „privatisierten“, entstaatlichten Islam eine Chance gesehen, auch für seine theologische Weiterentwicklung: „Der Islam steht vor der Herausforderung, wieder zu einer religiösen Botschaft zu werden und nicht länger zu einem Befehl, einer Kultur oder einer Identität.“ (Bencheikh 2001).
 - 14 Unterdessen scheinen sich in der Bush-Administration die Neo-Wilsonianer gegen die Interventionisten um Verteidigungsminister Rumsfeld durchgesetzt zu haben, die eine aktive Rolle der USA (und des Westens) beim Aufbau demokratischer Strukturen im Irak befürworten. Daß innerhalb der US-Eliten um zahlreiche Fragen heftig gestritten wird, zeigt sich an der Kontroverse um die öffentliche Behauptung des früher in Bosnien eingesetzten Generals Shinseki, es seien „mehrere hunderttausend Soldaten“ zur Friedenssicherung nötig; vgl. Schmitt 2003.
 - 15 Dagegen spricht auch nicht der Wirtschaftsboom in den zumeist undemokratischen „Tigerstaaten“ und vor allem der Volksrepublik China. Der Kampf um Menschenrechte und Demokratie hat auch in diesen Gesellschaften Erfolge gezeitigt.
 - 16 Mutterschaftsgeld für zehn Wochen bis maximal neun Monate bei 100% Lohnersatz und ein Erziehungsgeld für bis zu sechs Monate innerhalb der ersten vier Lebensjahre des Kindes bei 50% Lohnersatz; nach: ISSA, Datenbank „Soziale Sicherheit weltweit“, Stand: 10.2.2003 (Daten aus 1999). Aus den Daten ist allerdings nicht ersichtlich, ob es sich nur um Sozialversicherungslösungen innerhalb der unteren und mittleren Einkommensklassen handelt, und ob insbesondere die regimennahen Eliten einbezogen sind. Der (bescheidene) Forschungsstand zur sozialpolitischen Entwicklung der arabisch-islamischen Gesellschaften würde darauf hindeuten; vgl. Loewe 1998.
 - 17 Zit. nach „San Francisco Chronicle“ v. 18.3.2003; die

Übersetzung der Agentur AP pointiert die Aussage: „Dies ist nicht eine Frage der Legitimation, es ist eine Frage des Willens.“ (Neue Zürcher Zeitung, 19.3.2003).

Literatur

- Ash, Timothy Garton, 2003: The War After War With Iraq, in: New York Times, 20.3.2003
- Asmus, Ronald D./Pollack, Kenneth M., 2002: The New Transatlantic Project, in: Policy Review, 115, 3-18
- Bahr, Hans-Eckehard, 2003: Das Böse ausrotten? Religiöse Motive amerikanischer Machtpolitik, in: Frankfurter Rundschau, 18.2.2003
- Beck, Ulrich, 2003: Militärische Aufklärung? Das Paradox der Drohung mit Krieg, in: Neue Zürcher Zeitung, 15.3.2003
- Bellah, Robert N./Hammond, Philip E., 1980: Varieties of Civil Religion, San Francisco: Harper & Row
- Bencheikh, Soheib, 2001: Die Furcht vor dem Islam ist gerechtfertigt. Gespräch, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 16.12.2001
- Beyer, Peter (Hg.), 2001: Religion im Prozeß der Globalisierung, Würzburg: Ergon
- Bialas, Wolfgang, 2003: The War against the West: Understanding Political Terrorism, Ms., 2003
- Biermann, Wolf, 2003: Brachiale Friedensliebe, in: DER SPIEGEL, Nr. 9
- Brzezinski, Zbigniew, 1997: The Grand Chessboard. American Primacy and its Geostrategic Imperatives, New York: Basic Books
- Byrd, Robert C., 2003: Dieser Krieg ist falsch. Die Weltgeschichte am Wendepunkt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.3.2003
- Casanova, José, 1994: Public Religions in the Modern World, Chicago/London: University of Chicago Press
- Dodge, Toby/Simon, Steven (eds.), 2003: Iraq at the Crossroads. State and Society in the Shadow of Regime Change. Adelphi Paper 354, London: IISS
- Drewermann, Eugen, 2003: Warum Bush diesen Krieg führen muß. Interview, in: SPIEGEL online, 11.2.2003
- Eisenhauer, Bertram, 2003: In Gottes eigenem Land. Midland, Texas: Wo George W. Bush eine Form für sein Leben und seine Sprache fand, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 23.2.2003
- Friedman, Thomas L., 2003: Repairing the World, in: New York Times, 16. März 2003
- Haase, Thomas, 2001: Zivilreligion. Religionswissenschaftliche Überlegungen zu einem theoretischen Konzept am Beispiel der USA, Würzburg: Ergon
- Hamzawy, Amr, 2003: Powells Saat keimt. Die Araber freunden sich mit dem Gedanken der Demokratisierung an, in: DIE ZEIT, 13.2.2003
- Hildebrandt, Mathias u.a. (Hg.), 2001: Säkularisierung und Resakralisierung in westlichen Gesellschaften, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Hoffmann, Stanley, 2003: „Weg ins Desaster“, in: DIE ZEIT, Nr. 11
- Hondrich, Karl Otto, 2003: Auf dem Weg zu einer Weltgewaltordnung, in: Neue Zürcher Zeitung, 22.3.2003
- Huntington, Samuel P., 1996: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München/Wien: Europaverlag

- International Institute for Strategic Studies, 2002a: Iraq's Weapons of Mass Destruction. A Net Assessment. London: IISS
- dass., 2002b: The Bush National Security Strategy, in: IISS Strategic Comments, Vol. 8, No. 8, 10
- Jabar, Faleh A., 2003: Zwischen Furcht und Hoffnung. Eine große, schweigende Mehrheit in der irakischen Bevölkerung sehnt einen Regimewechsel herbei, in: Frankfurter Rundschau, 28.2.2003
- Juergensmeyer, Mark, 2001: Terror in the Mind of God. The Global Rise of Religious Violence, Berkeley: University of California Press
- Jung, Dietrich, 2002: Religion und Politik in der islamischen Welt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 42-43, 31-38
- Kippenberg, Hans G., 2002: Einleitung, in: ders./Riesebrodt, Martin (Hg.), Max Webers ‚Religionssystematik‘, Tübingen: Mohr Siebeck, 1-12
- Knoblauch, Hubert, 1999: Religionssoziologie, Berlin/New York: de Gruyter
- Konrad, György, 2003: Warum ich für den Irak-Krieg bin, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.2.2003
- Laqueur, Walter, 2002: Ein Präventivkrieg gegen Saddams Regime. Die Argumentation des Irak-Experten Kenneth Pollack, in: Neue Zürcher Zeitung, 7.12.2002
- Loewe, Markus, 1998: Sozialpolitik im Dienste des Machterhalts. Soziale Sicherung und Staat im arabischen Vorderen Orient, in: Der Bürger im Staat, 3
- Margalit, Avishai, 2003: The Wrong War, in: New York Review of Books, 13.3.2003 (Internetausgabe)
- Marshall, Thomas H., 1992: Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt a.M./New York: Campus
- Meesen, Karl M., 2003: Selbstverteidigung als werden des Völkergewohnheitsrecht, in: Neue Zürcher Zeitung, 18.2.2003
- Meier, Andreas, 2002: Politische Strömungen im modernen Islam. Quellen und Kommentare, Wuppertal: Peter Hammer
- Miller, Greg, 2003: Democracy Domino Theory ‚Not Credible‘, in: Los Angeles Times, 14.3.2003
- Moaddel, Mansoor, 2002: Religion, Gender, and Politics in Egypt, Jordan and Iran: Findings of Comparative National Surveys, Ms., Eastern Michigan University
- Münkler, Herfried, 2002: Die neuen Kriege, Reinbek: Rowohlt
- ders., 2003^{2a}: Über den Krieg. Stationen der Kriegsgeschichte im Spiegel ihrer theoretischen Reflexion, Weilerswist: Velbrück
- ders., 2003b: An der Barbarengrenze. Gespräch, in: Die Welt, 20.1.2003
- Öztürk, Yaşar Nuri, 2003: Die Zeit nach den Propheten. Der Koran fordert Demokratie. Wer islamische Despoten verteidigt, fälscht Gottes Wort, in: DIE ZEIT, 20.2.2003
- Opielka, Michael, 2003a: Religiöse und zivilreligiöse Begründungen der Sozialpolitik, in: Brocker, Manfred u.a. (Hg.), Politik und Religion in Staat, Zivilgesellschaft und den internationalen Beziehungen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag (i.E.)
- ders., 2003b: Blutige Taten, heilende Werte? Religionssoziologische Gesichtspunkte zum Krieg gegen den Irak, in: Universitas, 4, 2-9
- Packer, George, 2003: Dreaming of Democracy, in: New York Times, 2.3.2003
- Pollack, Kenneth M., 2002: The Threatening Storm. The Case for Invading Iraq, New York: Random House (gekürzt auf deutsch in: DER SPIEGEL, Nr. 5-8, 2003)
- ders., 2003: A Last Chance to Stop Iraq, in: New York Times, 21.2.2003
- Preuß, Ulrich K., 2002: Krieg, Verbrechen, Blasphemie. Zum Wandel bewaffneter Gewalt, Berlin: Wagenbach
- Rempel, H., 2000: Geht die Kohlenwasserstoff-Ära zu Ende?, Ms., Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Hannover
- Rousseau, Jean-Jacques, 1986: Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts, Stuttgart: Reclam
- Rühle, Hans, 2003: Die Waffen des Saddam Hussein, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 23.2.2003
- Ruthven, Malise, 2000: Der Islam. Eine kurze Einführung, Stuttgart: Reclam
- Said, Edward W., 2003: Eine radikale Minderheit. Bush ist nicht Amerika, in: Le Monde diplomatique, no. 3
- Schluchter, Wolfgang, 2002: Kampf der Kulturen? Velbrück preprint, Weilerswist: Velbrück
- Schmitt, Eric, 2003: Pentagon Contradicts General on Iraq Occupation Force's Size, in: New York Times, 28.2.2003
- Schöllgen, Gregor, 2003: Republik am Scheidewege. Chirac, Schröder und die Grundlinien der Außenpolitik, in: Süddeutsche Zeitung, 25.2.2003
- Semler, Christian, 2003: Kampf gegen einen Unbeleblichen, in: die tageszeitung, 25.2.2003
- Steiner, Rudolf, 1990 (1918): Die soziale Grundforderung unserer Zeit. In geänderter Zeitlage. GA 186, Dornach: Rudolf Steiner Verlag
- Taylor, Charles, 2002: Wieviel Gemeinschaft braucht Demokratie?, Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Thürer, Daniel, 2003: Der Krieg gegen Saddam als Testfall. Ist das Völkerrecht wirklich am Ende?, in: Neue Zürcher Zeitung, 21.3.2003
- Tibi, Bassam, 2002: Selig sind die Belogenen, in: DIE ZEIT, 29.5.2002
- UNDP, 2002: Arab Human Development Report 2002, New York: UN
- Walzer, Michael, 2003: The Right Way, in: The New York Review of Books, 13.3.2003 (Internetausgabe)
- Winkler, Heinrich August, 2003: Der europäische Weg. Gespräch, in: Frankfurter Rundschau, 15.2.2003
- Woodward, Bob, 2003: Bush at War. Amerika im Krieg, Stuttgart: DVA

Berliner Debatte Initial 14 (2003) 2

Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal

Berliner Debatte Wissenschaftsverlag. GSFP - Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik mbH & Co. KG

Herausgegeben im Auftrag des Vereins Berliner Debatte INITIAL e.V., Präsident: Peter Ruben
Berliner Debatte Initial erscheint zweimonatlich

Redaktion:

Henri Band, Harald Bluhm, Erhard Crome, Scott Gissendanner, Birgit Glock, Wladislaw Hedeler, Wolf-Dietrich Junghanns, Cathleen Kantner, Lutz Kirschner, Rainer Land, Ingrid Oswald, Hartwig Schmidt, Udo Tietz, Jan Wielgohs, Andreas Willisch, Rudolf Woderich

Verantwortlich für den Schwerpunkt:

Scott Gissendanner (v.i.S.d.P.)

Verantwortlich für das Heft: Jan Wielgohs

Preise: Einzelheft € 8, Doppelheft € 16

Abonnement: Jahresabo € 35, Ausland zuzüglich Porto. Studenten, Rentner und Arbeitslose € 18, Bestellung nur bei Berliner Debatte Initial, Nachweis beilegen.

Sitz: Erich-Weinert-Str. 19, 10439 Berlin
Postanschrift: PF 58 02 54, 10412 Berlin
Tel.: (030) 44651355, **Fax:** (030) 44651358

E-Mail: redaktion@berlinerdebatte.de

Internet: www.berlinerdebatte.de

Geschäftskonto: Postbank Hamburg
Konto-Nr. 369 966-203, BLZ 200 100 20

Bezug: Im Buchhandel oder bei der Redaktion

Abonnement: Redaktion oder inter abo, PF 360520, 10975 Berlin; Tel. (030) 61105475, Fax (030) 61105480. Das Abonnement gilt für ein Jahr und verlängert sich um ein Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Copyright für einzelne Beiträge ist bei der Redaktion zu erfragen.

Autorenverzeichnis

Ramona Alt, Dr.,

Politikwissenschaftlerin, Technische Universität Chemnitz

Paul Cooke, Lecturer in German Studies,

Dept. of German Studies, University of Leeds, UK

Angela Y. Davis,

Prof. für „History of Consciousness“, University of California at Santa Cruz, USA

Scott Gissendanner, Dr., Juniorprofessor,

Politikwissenschaftler, Universität Göttingen

Mattias Iser,

Politikwissenschaftler Freie Universität Berlin

Eva-Maria Jung, Studentin der Philosophie,

Humboldt-Universität zu Berlin

Raj Kollmorgen, Dr., Juniorprofessor

Universität Magdeburg

Henry Krisch, Prof. em.

Politikwissenschaftler, University of Connecticut, President of the Eastern German Studies Association, 1989-1995, USA

Lennart Laberenz,

Student der Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaft, Humboldt Universität zu Berlin

Markus Linden, Wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl für

Regierungslehre, Universität Trier

Bernd Lindner, Prof. Dr.,

Kultursoziologe und -historiker, Universität Karlsruhe und Zeitgeschichtliches Forum Leipzig

Christoph Links, Dr.,

Verleger, Ch. Links Verlag Berlin

Ernst Müller, PD Dr. phil.,

Philosoph, Berlin

Helmut Müller-Enbergs, Diplom-Politologe, Abteilung

Bildung und Forschung bei der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR (BStU), Berlin

Michael Opielka, Prof. Dr.,

Institut für Sozialökologie Königswinter

Richard Rorty, Prof.,

Philosoph, Stanford University, USA

Jana Rückert-John, Diplom Sozialwissenschaftlerin,

Universität Stuttgart Hohenheim, Institut für Sozialwissenschaften des Agrarbereichs

Anna Saunders, Doktorandin,

Dept. of German Studies, University of Bristol, UK

Otto G. Schwenk, Dr.,

Soziologe, Technische Universität Chemnitz

Michael Thomas, Dr.,

Berlin-Brandenburger Institut für Sozialwissenschaftliche Studien e.V. BISS

Gordon Wood, Historiker,

Brown University, Providence, Richmond, USA

Kopieren, ausfüllen, falten und abschicken

Berliner Debatte Initial Bestellung:

Ich bestelle ein Abonnement der Berliner Debatte INITIAL ab Heft

- Das Abonnement soll für ein Jahr befristet werden.
- Das Abonnement soll gelten, bis ich es abbestelle. Abbestellung jederzeit.
- Abonnement 35 Euro (Ausland zuzüglich 6 Euro Porto).
- Ermäßigt 18 Euro (Studenten, Rentner, Arbeitslose, Wehr- und Zivildienstleistende)
Nachweis bitte beilegen.

Vorname, Name:

Straße, Nr.:

Postleitzahl:

Ort:

Telefon:

Ich wünsche folgende Zahlungsweise:

- Jahresrechnung
- Bargeldlos: halbjährliche Abbuchung. Bankinstitut:
Konto-Nr.: Bankleitzahl:

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen (Poststempel) bei der Bestell-
adresse schriftlich widerrufen kann.

Datum:

Unterschrift:

Name:

Straße und Nr.

PLZ, Ort:

Abonnement geworben von:

Antwortkarte

Bitte
frankieren

Berliner Debatte
INITIAL
PF 58 02 54

10412 Berlin

www.berlinerdebatte.de
Bestellungen: verlag@berlinerdebatte.de